DIE KONSERVATIVE KRAFT
IM SÜDWESTEN

EINE STARKE FRAKTION FÜR EIN STARKES LAND!

FRAKTION BW | AfD

Ihre AfD-Fraktion im Landtag von Baden-Württemberg

INHALT

2 **Stolz auf das, was wir erreicht haben!** - Anton Baron MdL - *Fraktionschef*

4 **Wie der Klimawahn unseren Mittelstand ruiniert** - Bernd Gögel MdL - *Arbeitskreis Wirtschaft und Arbeit*

6 **Es sollte gelten: Wer bestellt, bezahlt!** - Emil Sänze MdL - *Arbeitskreis Finanzen*

8 **Für ein sicheres Baden-Württemberg!** - Daniel Lindenschmid MdL - *Arbeitskreis Inneres, Digitalisierung und Kommunen*

10 **Für den Erhalt unserer kleinstrukturierten Landwirtschaft** - Udo Stein MdL - *Arbeitskr. Ernährung, Ländl. Raum, Verbraucherschutz*

12 **Abgesagter Aschermittwoch 2024: Strobl kommt ins Schwitzen** - Hans-Jürgen Goßner - *Arbeitskreis Inneres, Digitalisierung*

14 **Migration ist kein Menschenrecht!** - Ruben Rupp MdL - *Arbeitskreis Ständiger Ausschuss*

16 **Individuelle Mobilität fördern, statt bekämpfen** - Miguel Klauß MdL - *Arbeitskreis Verkehr*

18 **Nur wir stehen für echten Naturschutz** - Dr. Uwe Hellstern MdL - *Arbeitskreis für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft*

20 **Für Nachhaltigkeit und Versorgungssicherheit** – Dennis Klecker MdL - *Arbeitskreis Ernährung, Ländlicher Raum u. Verbraucherschutz*

22 **Schule ist mehr als nur die Vermittlung von Wissen** - Rainer Balzer MdL - *Arbeitskreis Bildung*

24 **Hochschulen: Qualität statt Gender und Beliebigkeit** - Alfred Bamberger MdL - *Arbeitskreis Wissenschaft, Forschung und Kunst*

26 **Soziales Handeln hält unsere Gesellschaft zusammen** - Carola Wolle MdL - *Arbeitskreis Soziales, Gesundheit und Integration*

28 **Der Petitionsausschuss – Perle des Landtags ohne Glanz!** - Hans-Peter Hörner MdL - *Arbeitskreis Petitionen*

30 **Keine Schnapsideen, keine Bevormundung** - Joachim Steyer MdL - *Arbeitskreis Umwelt, Klima und Energie*

32 **Das Volk ist der Souverän!** - Rüdiger Klos MdL - *Ständiger Ausschuss / Zwischenparlament*

34 **Gesundheitsversorgung ist Daseinsfürsorge** - Bernhard Eisenhut MdL - *Arbeitskreis Soziales, Gesundheit und Integration*

36 **Die AfD-Fraktion – die einzig wahre Opposition**

Liebe Mitbürger,

die AfD sitzt nun bereits in zweiter Legislatur im Landtag von Baden-Württemberg. Sie hat sich dort als feste Größe etabliert, professionalisiert und als Kraft erwiesen, mit der immer zu rechnen ist. Ausgrenzung, der sogenannten Brandmauer und üblen Provokationen seitens der Altparteien zum Trotz, ist sie stets an Sachpolitik interessiert – im Sinne der Bürger. Deren Probleme und Anliegen liegen ihr dabei besonders am Herzen, genau für diese setzt sie sich ein. Auf den nachfolgenden Seiten möchten wir uns Ihnen als Fraktion vorstellen und einen Einblick in unsere Arbeit im Landtag von Baden-Württemberg geben.

Wir wünschen viel Freude beim Lesen!

FRAKTION BW | AfD

Stolz auf das, was wir erreicht haben!

Unsere **AfD-Fraktion** im Landtag von Baden-Württemberg

Anton Baron MdL
Fraktionschef

Im Rahmen dieses Almanachs möchte Ich Ihnen die Arbeit meiner Landtagsfraktion vorstellen. Als AfD-Fraktion sind wir aktuell mit 17 Abgeordneten im Landtag von Baden-Württemberg vertreten. Für jeden Politikbereich haben wir intern einen fachpolitischen Sprecher, welcher auch die entsprechenden Ausschüsse wahrnimmt. Diese werden zuvor in den Arbeitskreisen zusammen mit den parlamentarischen Beratern (so heißen unsere Mitarbeiter der Landtagsfraktion) vorbereitet.

Der Kalender des Landtages unterscheidet zwischen Wahlkreiswochen und Sitzungswochen. In den Wahlkreiswochen sind die Abgeordneten in ihren jeweiligen Wahlkreisen, wo sie meist auch ein Wahlkreisbüro betreiben. In jeder Sitzungswoche kommen wir alle nach Stuttgart. Dort treffen wir



uns dienstags vormittags zur Fraktionssitzung und besprechen gemeinsam die anstehenden politischen Themen und Termine. Mittwochs und donnerstags finden dann die Plenarsitzungen oder Ausschusssitzungen statt.

Im Laufe dieser Legislaturperiode haben wir uns mit Themen auseinandergesetzt, die für die Bürger unseres Bundeslandes von größter Bedeutung sind - von Wirtschafts- über Bildungs- bis hin zur Migrationspolitik. Wir sind mit unseren Anträgen und Gesetzentwürfen der Taktgeber im Landtag von Baden-Württemberg. Auch durch Kleine Anfragen zwingen wir die grün-schwarze Landesregierung regelmäßig die Missstände im Land offenzulegen.

In meiner Funktion als Fraktionsvorsitzender der Alternative für Deutschland bin ich zwar in keinem regulären Ausschuss vertreten, nehme aber stattdessen eine Reihe wichtiger anderer Funktionen wahr. Es fällt in meinen Aufgabenbereich, im Plenarsaal auf Redebeiträge des grünen Ministerpräsidenten zu antworten. Insbesondere bei Regierungserklärungen, Generaldebatten zum Landeshaushalt oder anderen wichtigen Themen, gehe ich im Plenarsaal ans Mikrofon und nutze meine Redezeit, um das Regierungsversagen anzuprangern und alternative Politikansätze vorzuschlagen.

Auch bei Pressekonferenzen und politischen Talkshows repräsentiere ich die AfD-Fraktion. So trete ich



beispielsweise in zahlreichen Sommerinterviews auf und werde unter anderem vom SWR zu Diskussionsrunden eingeladen. Das gibt mir die Möglichkeit, der Breite der Bevölkerung unsere politischen Positionen vorzustellen. Mein Motto dabei lautet stets: „Freundlich im Ton – aber hart in der Sache!“.

Des Weiteren treffe ich in der Fraktionsvorsitzendenrunde auf die Chefs der anderen Landtagsfraktionen. Ein weiteres Gremium, in dem ich vertreten bin, ist das Landtagspräsidium. Dort werden die kommenden Plenarsitzungen geplant und vorbereitet. Neben unserer



IHRE ABGEORDNETEN DER AfD-FRAKTION IM 17. LANDTAG VON BADEN-WÜRTTEMBERG

intensiven politischen Arbeit im Plenarsaal und in den Ausschüssen haben wir unseren Schwerpunkt auch auf die Öffentlichkeitsarbeit und auf die Bürgernähe gelegt.

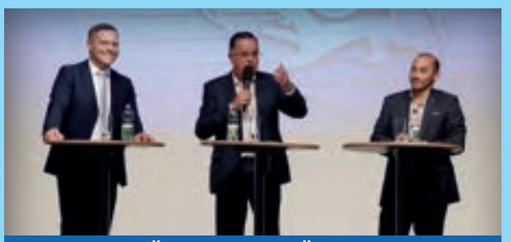
Regelmäßig treten wir auf Bürgerdialogen im ganzen Land mit jeweils mehreren Abgeordneten auf. Im vergangenen Jahr haben wir zwei große Kampagnen zu den Themen Kernenergie und Grundsteuer auf den Weg gebracht und waren erfolgreicher Aussteller auf der Messe in Villingen-Schwenningen. Um auch im ländlichen Raum die Bürger anzusprechen, haben wir ein mobiles Bürgerbüro in Form eines VW California angeschafft. Damit erreichen wir zahlreiche Menschen auf den Marktplätzen und in den Fußgängerzonen im ganzen Bundesland.



AfD-FRAKTION VOR ORT

Auf den folgenden Seiten erhalten Sie die Gelegenheit, die weiteren 16 Abgeordneten meiner Landtagsfraktion kennen zu lernen. Die Schwerpunkte und Perspektiven auf die Politik sind dabei verschieden: Manche greifen ein spezielles Thema auf, andere bieten ein breites Spektrum über ihren politischen Bereich. Das ist gewollt und soll zu einem vielfältigen Lesevergnügen beitragen.

Als Fraktionsvorsitzender bin ich stolz auf das, was wir gemeinsam erreicht haben. Diesen erfolgreichen Weg werden wir auch zukünftig einig weiter beschreiten. Immer im Dienste unserer Wähler und aller Bürger unseres schönen Baden-Württembergs.



IM GESPRÄCH – BEIM BÜRGERDIALOG

Wie der Klimawahn unseren Mittelstand ruiniert

Arbeitskreis
Wirtschaft und Arbeit
Bernd Gögel MdL







Es sind erschreckende Zahlen: Im Jahr 2023 ging die deutsche Wirtschaftsleistung preisbereinigt um 0,3 Prozent zurück. In keiner anderen der größeren EU-Volkswirtschaften war 2023 ein Rückgang zu verzeichnen. Insofern kann die Schuld nicht bei der weltwirtschaftlichen Lage gesucht werden. Vielmehr stellt sich sogleich die Frage nach innenpolitischen Ursachen, und wir werden rasch fündig.

Beispielsweise wurde der fatale Ausstieg aus der Kernkraft beschlossen – ausgerechnet durch eine schwarz-gelbe Merkel-Bundesregierung. Die Folgen für die Energieversorgung sind dramatisch: Das rohstoffarme Deutschland ist seither noch stärker von fossiler Energie abhängig. Insbesondere betrifft dies das Erdgas; seit Ukrainekrieg und Nordstream-Sprengung ist die Lage also noch angespannter.



In der darauffolgenden Koalition mit der SPD trafen die Unionsparteien 2015 mit der Grenzöffnung eine weitere bekannte Merkel-Fehlentscheidung. Angelockt von rekordverdächtigen Sozialleistungen und völliger Nachlässigkeit bei Rückführungen sind seither fast 3 Millionen missbräuchlich über den Asylweg zugewandert. Die offiziellen Ausgaben von Bund, Ländern und Kommunen für Asyl und Migration summieren sich dabei alleine für das Jahr 2023 auf 48 Milliarden Euro. Hinzu kommen natürlich horrende Kosten für die Sozialkassen und der Rückgang der inneren Sicherheit.

Die Rohstoffarmut Deutschlands wurde bereits angesprochen. Diese hatte sich jedoch jahrzehntelang als Innovationsmotor erwiesen. Der einzige wirklich relevante Rohstoff war also die Bildung. Doch hier ist die jüngste Entwicklung leider keineswegs besser: Seit der Regierungsübernahme durch die Grünen 2011 ist Baden-Württemberg im Bildungsmonitor von einem Spitzenplatz in das Mittelfeld abgerutscht. Mathematische und sprachliche Fertigkeiten sind gleichermaßen betroffen.

EXTREME BÜROKRATIE- UND STEUERLAST

Und als wären diese Entwicklungen nicht bereits fatal genug für unseren Mittelstand, kommt auch noch die extreme Bürokratie- und Steuerlast hinzu. Oft wird diese von der EU befeuert, allerdings liegt Deutschland dort bei der Steuer- und Abgabenlast auf einem unrühmlichen zweiten Platz. Ganze 47,8 Prozent der Arbeitskosten eines alleinstehenden Durchschnittsverdieners werden daher einbehalten. In der Folge gibt es nicht nur ein Zuwanderungsproblem, sondern bei Hochqualifizierten auch ein Auswanderungsproblem.

Dass solche Entwicklungen für einen Industriestandort geradezu zerstörerisch sind, ist selbsterklärend. Im Automobilsektor, wo außerdem eine politisch erzwungene „Transformation“ zur E-Mobilität zu beklagen ist, sind die Folgen bereits jetzt deutlich abzusehen. Arbeitgeber- und Arbeitnehmervereinigungen verkündeten nämlich unlängst, dass bis 2040 30 Prozent der Arbeitsplätze bei Automobil-Zulieferern gefährdet seien. Aktuelle Beispiele wie ZF aus Friedrichshafen untermauern diese Entwicklung: Dort werden voraussichtlich 12.000 der 54.000 Stellen in Deutschland abgebaut.

NUR AFD-FRAKTION FÜR KURSWECHSEL

Jedoch gibt es auch einen anderen Weg: Die politischen Rezepte der AfD-Fraktion würden diese fatalen Entwicklungen für Betriebe und Arbeitnehmer aufhalten. Wir stehen nämlich für eine weitreichende Streichung überflüssiger Staatsausgaben und dementsprechend für eine Reduktion der Steuerlast. Damit einher geht die Beendigung wirtschaftsschädlicher Projekte wie politisch erzwungener „Transformation“ und „Energiewende“ sowie natürlich der Massenmigration Geringqualifizierter. Weiterhin muss die Bildungslage durch inhaltliche Qualität und Leistungsprinzip anstelle linker Experimente verbessert und die Energieversorgung durch die Wiedereinführung der Kernenergie entspannt werden. Andere Länder machen uns all dies bereits vor.

Nur mit einem derartigen umfassenden Kurswechsel, für den im baden-württembergischen Landtag ausschließlich die AfD-Fraktion steht, ist es noch möglich, dass kommende Generationen nicht in einem deindustrialisierten Land, sondern weiterhin in einem zukunftsweisenden Hochtechnologiestandort aufwachsen.

Es sollte gelten: Wer bestellt, bezahlt!

Arbeitskreis Finanzen
Emil Sänze MdL

Viele Kommunen leiden unter chronischer Unterfinanzierung. Dies führt in beinahe allen Regionen des Landes dazu, dass etliche Kommunen die Verhältnisse vor Ort nicht mehr aktiv gestalten bzw. die Bedürfnisse vor Ort nicht mehr ausreichend bedienen können. So werden die Pflichtaufgaben, die die Gemeinden und Städte zu bewältigen haben, größer und größer.

Für die Schaffung eines kommunalen Wärmenetzes hat der Städtetag jeweils eine Million Euro als Anschubfinanzierung für jede der 104 großen Kreisstädte angesetzt, für das Schulbegleitungsprogramm 120 Millionen Euro und für den Kita-Orientierungsplan sogar 150 Millionen Euro. Dazu kommen weitere Ausgaben, etwa im Rahmen der Verkehrssicherungspflicht oder zur Finanzierung der neuen Wohngeldregeln. So haben der Bund und das Land Baden-Württemberg weitere Kosten auf die Städte und Kommunen abgewälzt, etwa den kommunalen Anteil für die Finanzierung des 49-Euro-Tickets oder die Kosten für aufwendige Klimaschutzvorgaben. Auch die Mobilitätsgarantie belaste die städtischen Haushalte zusätzlich.

STÄDTE UND KOMMUNEN HABEN KEIN GELD MEHR

Im Doppelhaushalt 2023/24 des Landes war bereits klar, dass die benötigten Mittel den Städten in den kommenden Jahren nicht zur Verfügung stehen werden. Dass dies zu unvermeidbaren Standardabsenkungen führt und, damit verbunden, der Weg zu Qualitätsverlusten vorgezeichnet ist, steht bereits heute fest.

Deutschland ist bei der kombinierten Steuer- und Abgabenbelastung Spitzenreiter unter den Industriestaaten. Ein verheiratetes Paar mit Kindern muss durchschnittlich 40,8 Prozent seines Arbeitseinkommens abführen, teilte die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) mit. Ähnlich fällt die Bilanz bei Alleinstehenden aus: Hier werden in Deutschland 47,8 Prozent an Steuern und Sozialabgaben auf die Arbeitseinkommen fällig.

MIGRATION ALS KOSTENTREIBER

Durch die vollkommen verfehlte Migrationspolitik kommen auf die Kommunen nochmals zusätzliche Kosten zu. So hatte eine kleine Anfrage der AfD-Fraktion ergeben, dass bereits in 2023 ca. 1 Milliarde durch die Aufnahme der Ukrainer, die nicht gegenfinanziert sind, durch die baden-württembergischen Gemeinden aufgebracht wurden. Die Folge wird sein: Um die Pflichtaufgaben zu bewältigen, sind die Kommunen zwangsläufig gezwungen, zusätzliche Quellen für die Finanzierung zu erschließen.

Zwangsläufig werden sie die Hebesätze der Grundsteuer erhöhen, und auf Grund eines vollkommen verfehlten baden-württembergischen Bodenwertmodells wird dies die größte Herausforderung für die Bürger unserer Städte und Gemeinden darstellen. Anscheinend dient der Deutsche Michel nur noch zur Finanzierung politischer Ideologien, sei es von den GRÜNEN, SPD oder der FDP. Deshalb gilt nach wie vor: Wer anschafft, bezahlt – gerade in Zeiten der Stagnation und Inflation. Deshalb ist jeder Regierung zu raten: Bevor sie große Versprechungen in die Welt hinausposaunt, sollte sie bedenken, dass sie zunächst den Bürgern ihres Landes verpflichtet ist und ihr eigenes Volk nicht gesellschaftlich und schon gar nicht finanziell überfordern sollte.



Für ein sicheres Baden-Württemberg!

Arbeitskreis
Inneres, Digitalisierung und Kommunen
Daniel Lindenschmid MdL

Als innenpolitischer Sprecher unserer Landtagsfraktion bin ich thematisch für Ihre Sicherheit zuständig. In einem Zehn-Punkte-Programm haben wir die wichtigsten Forderungen in diesem Bereich zusammengefasst. Sie lauten:

1 Im gesetzlichen Einvernehmen mit dem Bund – nach dem Vorbild anderer Bundesländer – grenzpolizeiliche Maßnahmen auch mit eigenen Kräften wahrzunehmen, um illegale Einwanderung zu stoppen;

2 Die verheerend hohe Zahl gescheiterter Abschiebungen von ca. zwei Drittel aller Versuche durch politische Priorisierung, das Unterlassen jedweder Abschiebungsankündigung und neue, innovative Konzepte in den Unterkünften zu senken, mit dem Ziel, die Quote erfolgreicher Abschiebe-Versuche von gegenwärtig etwa einem Drittel auf mindestens 75 % zu steigern;

3 Jede Ausländerbehörde der 44 Stadt- und Landkreise mit einem „Sonderstab gefährliche Ausländer“ nach dem Vorbild der Regierungspräsidien auszustatten; sie sollen zum Schutz der Bürger niedrigschwellig für gefährliche, auffällige, nicht integrationswillige, straffällig gewordene und anderweitig problematische Ausländer zuständig sein und den Weg für deren Abschiebung ebnen;

4 Die Erfassung und Veröffentlichung des Migrationshintergrunds bzw. der Mehrstaatigkeit von Tatverdächtigen in der Kriminalitätsstatistik verpflichtend einzuführen, um das Ausmaß der importierten Kriminalität transparent zu machen; der Sicherheitsbericht Baden-Württemberg ist wieder um die Kategorie des „Asylbewerbers/Flüchtling“ zu ergänzen;

5 Die Bekämpfung der ausländischen Intensivstraftäterszene (fast zwei Drittel) durch schnellere Verfahren, härtere Strafen, Erweiterung von Präventivgewahrsam und Abschiebehaft, insbesondere aber konsequente Abschiebungen zu forcieren, um die Bürger vor Kriminellen zu schützen;

6 Die Polizei zu stärken, indem sie von der Politik die notwendige politische Rückendeckung für ihre herausfordernden Aufgaben erhält;

7 Die Motivation der Polizeibeamten zu erhöhen, indem die zweigeteilte Laufbahn eingeführt sowie die Zulage für den lageorientierten Dienst auf 6,- €/h erhöht wird;

8 Die Personal- und Sachausstattung der Polizei in Baden-Württemberg so aufzustocken, dass diese ihre originäre Aufgabe – die Herstellung von Sicherheit und Ordnung – wieder in ausreichendem Maß wahrnehmen kann; es ist nicht länger hinnehmbar, dass unser Bundesland das Schlusslicht der Polizeidichte in Deutschland bildet;

9 In diesem Zusammenhang die Einführung von sogenannten „Tasern“ landesweit nach dem erfolgreichen Vorbild mehrerer Bundesländer umgehend auf den Weg zu bringen;

10 Eine Identifizierung von Kriminalitätsschwerpunkten im öffentlichen Raum aller Kommunen vorzunehmen und durch Intensivierung präventiver und restriktiver Bekämpfungsmaßnahmen die Sicherheit für die Bürger schnellstmöglich wiederherzustellen.



Eng verbunden mit dem Thema Sicherheit ist auch meine Tätigkeit als digitalpolitischer Sprecher, Stichwort Cybersicherheit. Aber auch der schleppende Ausbau des Glasfaser-Internets sowie die im Argen liegende Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung sind hier Schwerpunkte meiner Arbeit. Unser Ziel als AfD-Fraktion ist es, auch hier so lange den Finger in die Wunde zu legen, bis Baden-Württemberg vom digitalen „The E-Länd“ zum Musterländle wird, das es sein muss, um im 21. Jahrhundert insbesondere als Wirtschaftsstandort bestehen zu können. Denn neben dem dringend notwendigen Bürokratieabbau, einer spürbaren Entlastung bei Steuern und Abgaben sowie bezahlbarer Energie benötigen unsere heimischen Firmen in Zeiten von Digitalisierung und Industrie 4.0 vor allem eines: Schnelles Internet, das dem Land der Tüftler und Erfinder angemessen ist.

Für den Erhalt unserer kleinstrukturierten Landwirtschaft

Arbeitskreis Ernährung, Ländlicher Raum und Verbraucherschutz
Udo Stein MdL

Meine wichtigsten politischen Ziele sind die Unterstützung der Landwirte, Weidetierhalter, Fischer und Jäger. Eine der Hauptaufgaben der Landwirtschaft ist die ausreichende Versorgung der Gesellschaft mit Lebensmitteln. Für die meisten Landwirte ist es Leidenschaft und Berufung, genau dieser Tätigkeit nachzugehen. Zunehmende Bürokratisierung und Gängelung durch EU, Bundesregierung und nachgeordnete Behörden erschweren deren Arbeit zunehmend. Wären die Pestizidrichtlinien der EU umgesetzt worden, so wäre die Produktion von Wein und Obstanbau in Baden-Württemberg massiv eingeschränkt worden.

Habecks Angriff auf die Steuervergünstigungen Ende letzten Jahres sind ein weiteres Beispiel für die Nichtachtung unserer Landwirte. Entgegen dem Gusto der Altparteien setze ich mich für die betriebswirtschaftliche Freiheit unserer Landwirte ein, da ich unseren Landwirten den Schutz unserer Natur und Umwelt ohne Gängelung zutraue. Ich kämpfe für den Erhalt unserer kleinstrukturierten Landwirtschaft.

WÖLFE GEFÄHRDEN DIE WEIDETIERHALTUNG

4 kg Fleisch benötigt ein ausgewachsener Wolf pro Tag. Seit 2021 haben Wölfe in Baden-Württemberg nachweislich 103 Nutztiere getötet und 25 verletzt, da sie sich mittlerweile auch an Nutztieren auf der Weide bedienen. Nicht alles lässt sich mit Geld regeln. Ein Wolfsangriff löst auch bei überlebenden Tieren einer Herde Stress aus, der nicht sofort nach dem Angriff verschwindet, sondern das soziale Gefüge einer Herde beeinträchtigt. Teilweise steht der Weidetierhalter vor der Herausforderung, eine Herde ganz neu aufzubauen und im schlimmsten Fall wieder bei null zu beginnen. Massive Auflagen verpflichten die Weidetierhalter, ihre Herde zu schützen: „Zäune müssen auf allen Seiten geschlossen sein.“ Es gilt, zu vermeiden, dass „der Wolf in die eingezäunte Koppel springen kann.“ Hinzu kommen elektrifizierte Litzen- und Drahtzäune mit einer empfohlenen Höhe von 120 cm, Untergrabschutz mit beispielsweise stromführender Leiste in 20 cm Höhe, die natürlich das ganze Jahr über freigehalten werden müssen und nicht zuwachsen dürfen.





Auf solche Ideen kann nur jemand kommen, der entweder der Meinung ist, Landwirte hätten Langeweile, oder jemand, der aus ideologischer Überzeugung die Weidetierhaltung komplett vernichten will. Es bleibt dabei: „Die beste Schutzmaßnahme gegen den Wolf ist die Jagd!“ Daher fordere ich die Aufnahme des Wolfes in das Jagdrecht. Ich setze mich auch für die Aufnahme des Bibers in das Jagdrecht ein, da durch den Biber und dessen exponentielle Ausbreitung zunehmend Schäden für Landwirte entstehen.

FISCHEREI – KORMORAN UND SEINE FOLGEN

Die Ausbreitung des Kormorans wird für die Fischerei und Fischzucht zunehmend zum Problem. Ein einzelner Kormoran frisst pro Tag ca. 500g Fisch. Bei einem Bestand von ca. 1000 Stück alleine am Bodensee, ergibt sich daraus ein Fischverzehr von ca. 185 Tonnen pro Jahr. Dem gegenüber steht der Fischfang der Bodenseefischerei in Höhe von ca. 107 Tonnen pro Jahr. Ich fordere eine klare Regelung der Bejagung des Kormorans durch das Jagdrecht.

REHKITZRETTUNG – HEGEN FÜR DIE ZUKUNFT

Eine Herzensangelegenheit stellt für mich die Rehkitzrettung dar. Seit Jahren setze ich mich verstärkt für die Rettung von Rehkitzen ein und beteilige mich aktiv selbst daran. Dieses Anliegen ist für mich besonders wichtig, da die Hege und Pflege unserer Fauna Grundstein unserer Umwelt darstellt. Hier hat zuletzt die Drohnenverordnung der EU den Rehkitzrettern Steine in den Weg gelegt, die das Bundesverkehrsministerium in letzter Sekunde beiseite geräumt hat. Dennoch wird auch hier die Rehkitzrettung nicht genug beachtet, zu wenig für die Zukunft getan. Ich fordere bereits seit Jahren eine verstärkte finanzielle Unterstützung der Rehkitzrettungsvereine und mehr Werbung für diese, denn auch hier sind die ehrenamtlichen Helfer gerade in den Hochzeiten der Rehkitzrettung deutlich unterbesetzt und benötigen Verstärkung.



Abgesagter Aschermittwoch 2024:

Strobl kommt erneut ins Schwitzen

Arbeitskreis
Inneres, Digitalisierung und Kommunen
Hans-Jürgen Goßner





Der diesjährige, abgesagte Aschermittwoch in Biberach wird den Grünen noch lange in Erinnerung bleiben. In einem breiten Medienecho schoben sich Polizei, demonstrierende Bauern und die Grünen selbst die Schuld für das Ausfallen der Veranstaltung zu. Doch wie kam es überhaupt zu der umstrittenen Situation?

Um 11 Uhr sollte der Aschermittwoch in der Stadthalle Biberach beginnen. Erwartet wurden neben 1000 Gästen Bundeslandwirtschaftsminister Cem Özdemir und Ministerpräsident Winfried Kretschmann. Bereits in der Nacht zum Mittwoch sammelten sich auf der Bundesstraße die ersten Bauern zum Konvoi, mehrere Proteste waren angemeldet. Es fuhren deutlich mehr Traktoren nach Biberach rein, als erwartet. Um 5:00 Uhr wurden laut dem Ulmer Polizeipräsident Weber erstmals Polizeikräfte nachgefordert. Dennoch war die Lage aus Sicht der Polizei unter Kontrolle, bis es dann zu der umstrittenen Blockade in einer Seitenstraße der Stadthalle kam. Ab hier unterscheiden sich die Aussagen.

Wie Augenzeugen aus der Seitenstraße berichten, sei der ein oder andere Protestteilnehmer unbeabsichtigt in ein Gemenge reingeraten, welches lediglich die Anfahrt eines Begleitautos von Özdemir blockierte. Die Straße sei dicht gewesen, es habe aber keine schnelle Möglichkeit gegeben, sich aus der Menge entfernen. Ohne Vorwarnung oder Lautsprecheransage hätten Polizisten plötzlich Pfefferspray in die Menge gesprüht. Die Landwirte werfen der Polizei daher einen völlig überzogenen Einsatz vor.

Eine andere Sicht legt Strobl dar, der sich in einer verhörartigen Innenausschuss-Sitzung am 21.02. 3 Stunden öffentlich rechtfertigen musste. Aus seiner Sicht habe es am Vorgehen der Polizei absolut keine Beanstandungen gegeben. Die spontane Blockade in der Seitenstraße sei von hoher Aggressivität geprägt gewesen, es seien Gegenstände auf die Polizisten geworfen worden. Das blockierte Begleitfahrzeug von Özdemir hätte durch einen geworfenen Meterstab ein Loch abbekommen.

Aufgrund der unerwarteten Proteststärke durch die Landwirte hatten die Veranstalter beschlossen, den Aschermittwoch abzusagen. Bemerkenswert: Der Ulmer Polizeipräsident Weber wies in der Innenausschuss-Sitzung deutlich darauf hin, dass es von Seiten der Polizei eben keine Empfehlung zur Absage geben habe. Im Gegenteil, die Veranstaltung hätte ohne größere Aufwände durchgeführt werden können. Hier äußert unser sicherheitspolitische Sprecher Hans-Jürgen Goßner den Verdacht, dass Grüne und SPD versuchen, ein leicht vorhandenes und kontrollierbares Sicherheitsrisiko derart aufzubauschen, um sich als Opfer von vermeintlichen Rechtsextremisten zu inszenieren. Dass diese im Protestgeschehen der Bauern aber keine Rolle spielen, bestätigt sogar der Verfassungsschutz. Goßner verweist im Innenausschuss auf die grundsätzlich prekäre Sicherheitslage von AfD-Veranstaltungen: über 50 verletzte Polizisten und 400 randalierende Personen am Parteitag in Offenburg, die Absage des Parteitages 2022 in Bad Cannstatt, usw. Auch Strobl bestätigt Goßner mit den Worten, ohne Polizei könne die AfD keinen ihrer Parteitage abhalten. Für den SPD-Abgeordneten Sascha Binder bleiben diese Fakten trotzdem nur „Krokodilstränen“.

Auf den Innenausschuss folgte eine Woche später die von der SPD beantragte Debatte zum Aschermittwoch. Goßner schärft in seiner Rede noch einmal die Verweise auf die Gewaltbereitschaft des linksgrünen Vorfelds bei AfD-Veranstaltungen nach. Die Absage des Aschermittwochs nennt Goßner „feige“. Den wehleidigen Zwischenrufen des Grünen-Abgeordneten Lede-Abals entgegnet er, mit einer solchen Haltung könne Herr Lede-Abal seine Regenbogenfahnen höchstens auf rosaroten Einhornpartys schwenken. Rund einen Monat nach dem Aschermittwoch bekennt nun auch Ministerpräsident Winfried Kretschmann, dass er es bereue, seinen Besuch in Biberach abgesagt zu haben.

Etwas mysteriös bleibt allerdings die Frage nach dem angeblich geworfenen Meterstab auf das Begleitauto Özdemirs. Bis heute gibt es außer einigen technischen Spekulationen keine eindeutigen Beweise für den Tathergang und den Täter.

Arbeitskreis Ständiger Ausschuss
Ruben Rupp MdL

Migration ist kein Menschenrecht!



Die AfD-Landtagsfraktion setzt sich seit vielen Jahren für eine Begrenzung der Migration nach Baden-Württemberg und die Remigration rechtskräftig abgelehnter Asylbewerber ein. Im Landtag vertritt Ruben Rupp als migrationspolitischer Sprecher die Positionen der Fraktion.

Migration als Ausnahme: Steuerzahlerfinanzierte Maßnahmen dürfen kein Automatismus sein, sondern die absolute Ausnahme. Alle staatlichen Maßnahmen werden über Zwang von hart arbeitenden Bürgern finanziert. Der Fokus muss auf den Interessen des deutschen Volkes liegen.

Konsequenzen bei Verstößen: Jeder Verstoß gegen die Ordnung Deutschlands führt mit der AfD in Regierungsverantwortung zum Verlust des Aufenthaltsrechts. Illegale Migranten müssen konsequent abgewiesen werden.

Abschiebungen: Über 40.000 Migranten in Baden-Württemberg sind vollziehbar ausreisepflichtig, doch zwei Drittel der Abschiebungen scheitern. Wir fordern eine Task-Force zur Bekämpfung von Indiskretionen bei Abschiebeterminen.

KARTELLFRAKTIONEN BLOCKIEREN AFD-ASYLGESETZ

Baden-Württemberg hat die Gesetzgebungskompetenz im Bereich Unterbringung von Flüchtlingen. Deshalb fordert die AfD-Landtagsfraktion eine Umstellung von Asylbewerberleistungen auf Sachleistungen, um den Migrationsmagneten abzustellen. Nur nach Recht und Gesetz bleibeberichtigte Migranten dürfen in die Fläche verteilt werden, alle anderen will die AfD-Landtagsfraktion in Asylzentren unterbringen.

Unser Gesetz über die Unterbringung und Versorgung von Asylbewerbern (ASYLUVG) haben alle anderen Fraktionen im Landtag Baden-Württemberg abgelehnt. Nach unserem Modell werden Asylbewerber in den 4 großen Einreisezentren in den Regierungspräsidien untergebracht und abgelehnte Asylbewerber kommen direkt ins Ausreisezentrum. Das garantiert, dass nur anerkannte Flüchtlinge in die Fläche verteilt werden. Der Täter aus Illerkirchberg kam beispielsweise aus einer kommunalen Unterkunft. Diese vielen kleinen kommunalen Unterkünfte gäbe es mit diesem AfD-Gesetz nicht und die kleine Ece wäre vielleicht noch am Leben.

WIR BRAUCHEN GROSS ANGELEGTE ABSCHIEBEPROJEKTE

Die Aufteilung auf die Fläche erschwert groß angelegte Abschiebeprojekte. Zu einer von uns geforderten Abschiebe-Offensive benötigt Baden-Württemberg in der zentralen Abschiebebehörde in Karlsruhe eine Aufstockung von 260 auf mindestens 517 Stellen (Drucksache 17/1185). Dazu wollen wir die Härtefallkommission der Landesregierung abschaffen, die abgelehnte Migranten widerrechtlich im Land halten möchte.

Mit der AfD würden Landesminister ausschließlich den deutschen Pass besitzen dürfen, um Loyalitätskonflikte auszuräumen (Drucksache 17/5559). Mit dem Umstieg von Geld- auf Sachleistungen reduzieren wir den Anreiz zur Wirtschaftsmigration weiter. Gleichzeitig stellen wir mit einem Umstieg auf eine gesundheitliche Mindestversorgung – also: nur akute Notfälle – den Medizin-Tourismus endgültig ab.

NUR AfD STEHT FÜR SICHERHEIT

Migranten sollten sich aktiv hier beteiligen müssen, wenn diese Sachleistungen erhalten. Deshalb befürworten wir einen gesellschaftlichen Dienst, der äquivalent zu einer Vollzeitstelle ist. Denn Unterstützung ist keine Einbahnstraße mehr, sobald die AfD die Mehrheit im Landtag stellt.

Mit der AfD in der Landesregierung wird über den Bundesrat Druck auf die Bundesregierung ausgeübt:

- **Abschaffung des Doppelpasses**
- **Einstufung der Türkei als sicherer Herkunftsstaat**
- **Abschaffung des Individualrechtes auf Asyl**
- **Beschränkung des Bürgergeldes auf deutsche Staatsbürger.**

Zusammengefasst wäre Baden-Württemberg mit einem AfD-Innenminister bzw. Abschiebeminister ein sicheres Bundesland mit klaren Regeln und einer Bevölkerung, die stolz sein könnte auf die Migranten, die sich hier nach Assimilation die Zugehörigkeit zu dieser Gesellschaft hart erarbeitet haben. Denn nur so kann Einwanderung funktionieren: In geringer Zahl, in unsere Kultur und mit klarer Haltung bei Regelverstößen.

Individuelle Mobilität fördern, statt bekämpfen

Arbeitskreis Verkehr
Miguel Klauß MdL

Das Auto ist Sinnbild von maximaler Freiheit. Es gibt keine flexiblere und größere Freiheit im Alltag als die Benutzung des Autos. Aber diese Freiheit ist unter verschiedenen Aspekten in Gefahr. Linke Parteien und Pseudo-Konservative wie die CDU haben eine mehr oder weniger große Teilhabe am Kampf gegen das Auto. Nur unsere AfD-Fraktion stellt sich dem komplett entgegen, weil wir die Notwendigkeit des Autos erkennen. Das Auto wird benötigt für den Familienalltag, für das Berufsleben und die Freizeitgestaltung, ergo: für den einfachen Bürger. Genau deswegen darf es nicht bekämpft werden, sondern muss gefördert werden.

INVESTITIONEN IN DEN STRASSENNEUBAU SIND UNABDINGBAR

Auch unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten muss die Straßeninfrastruktur ausgebaut werden. Die Straßen sind die Blutadern unserer Wirtschaft. 80 Prozent aller Waren werden auf den Straßen transportiert mit stark steigender Tendenz, wie eine Studie des Bundesverkehrsministeriums aufzeigt. Deshalb forderten wir im Landtag von Baden-Württemberg zusätzlich 200 Mio. Euro mehr für den Straßenneu- und -ausbau, bei einem derzeitigen Etat von 165 Mio. Euro, welcher nur genutzt wird für die Instandhaltung der Straßen, während keine Neubauten geplant sind. Ein grünes Verkehrsministerium wie derzeit in Baden-Württemberg wird auf längerer Sicht zu einem Verkehrskollaps führen.

Der Kampf gegen das Auto wird auf vielen Ebenen geführt, über die Preis- und Abgabenpolitik und auch durch weitere Gängelungen unter dem Deckmantel der Klimareligion. Fahrverbote für ältere Diesel und die Umweltzonen – natürlich ohne Effekt auf das Weltklima – sollen nur die Bevölkerung drangsalieren und darüber hinaus eine nicht unerhebliche Wertvernichtung für ältere Diesel-Modelle bezwecken.

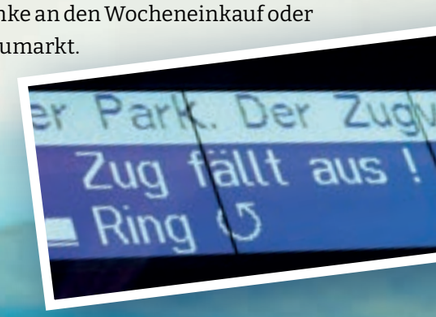
Und die Stellschrauben werden weiter angezogen. Straßenspuren verschwinden zu Gunsten von Fahrradwegen, die im Winter und bei schlechtem Wetter kaum bis gar nicht genutzt werden. Auf ihnen können weder Waren transportiert werden noch sorgen sie für einen fließenden Verkehr.

PARKPLÄTZE VERSCHWINDEN ODER WERDEN DEUTLICH TEURER GEMACHT

Der neue Griff in den Geldbeutel erfolgte geräuschlos über die Anwohnerparkgebühren. Es gab auf Bundesebene eine Deckelung der Anwohnerparkgebühren von 30,70 Euro im Jahr. Diese Deckelung wurde 2021 auf Bundesebene abgeschafft und auf die Länder- bzw. kommunale Ebene verlagert. Das rief viele links regierte Städte auf den Plan, diese Anwohnerparkgebühren massiv zu erhöhen. Die Autofahrer sind die Melkkuh der Nation und genau dem müssen wir uns entgegenstellen.



CO2-Steuer, Kfz-Steuer, explodierende Anwohnerparkgebühren und weitere Abzocker-Ideen der Altparteien, wie die LKW-Maut, haben nichts mit Klimaschutz zu tun, sondern sind eben nur ein weiterer Griff in den Geldbeutel. Denn das Auto ist für sehr viele Bürger alternativlos – Alternativen sind nicht praktikabel: Ein ÖPNV, der nicht pünktlich ist und sich abends in den Großstädten zu fahrenden Asylantenheimen wandelt, ist nicht attraktiv. Ebenfalls kann ich nur bedingt als Bürger mit der Bahn Einkäufe oder größere Besorgungen transportieren. Man denke an den Wocheneinkauf oder den Einkauf im Baumarkt.



Deswegen müssen die Politik im Verkehrswesen anders gestaltet, die Klimaschutzziele und die zugehörigen Gesetze ersatzlos gestrichen werden. Es ist von der Politik zu akzeptieren, dass das Auto nicht „das Böse“ ist, sondern notwendig für Bürger und Unternehmen. Die individuelle Mobilität muss für die Bevölkerung bezahlbar bleiben und vergünstigt werden. Deswegen fordern wir die Abschaffung der CO2-Steuer, der LKW-Maut und möchten das Anwohnerparken wieder auf 30,70 Euro pro Jahr deckeln.

Nur wir stehen für echten Naturschutz



Arbeitskreis für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft
Dr. Uwe Hellstern MdL

Die sogenannte Energiewende wird gnadenlos durchgedrückt. „Koste es, was es wolle“! Dies führt dazu, dass Energie knapper und damit teurer wird. Durch Abschaltung der letzten noch verbliebenen Kern- und einiger Kohlekraftwerke wurden uns grundlastfähige und bedarfsgerecht liefernde Kapazitäten geraubt. Durch den eiligen Rückbau der voll funktionsfähigen, zuverlässigen und sicheren Anlagen wird Volksvermögen in Milliardenhöhe bewusst vernichtet.

Als Ersatz werden dezentrale, von den Bürgern subventionierte Windindustrie- und PV-Anlagen ins Feld geführt. Dafür schleift man den Tier-, Umwelt- und Naturschutz immer mehr. Da solche Anlagen nur wetterabhängig und damit in Spitzen nach oben und unten liefern können, bedingt ihr Einsatz mangels Speichern den ständigen Parallelbetrieb von Ersatz- (also echten) Kraftwerken, sowie eine bisher geschätzte Investition alleine für den Netzausbau von mindestens 500 Milliarden Euro. Bereits heute betragen alleine die Kosten zur Stabilisierung des Stromnetzes („Redispatch“) zwischen 3-4 Milliarden Euro pro Jahr.

HÖHERER STROMBEDARF – WENIGER STROMERZEUGUNG

Die Ersatzraftwerke sollen Gaskraftwerke mit dem Attribut „H2-ready“ sein, wobei dies kein Umschalten auf Wasserstoff bedeutet, sondern nur eine mögliche zukünftige Umrüstung. Kosten: ca. 25 Prozent des Kraftwerkspreises. Gleichzeitig sinkt dabei auch die Effizienz dieser derzeit vermehrt mit LNG-Gas betriebenen Kraftwerke. LNG-Gas ist klimatechnisch betrachtet schädlicher als Kohle.

Noch haben wir rechnerisch genug Erzeugungskapazitäten, um unseren Strombedarf selbst zu decken. Sollte tatsächlich der Kohleausstieg kommen, fehlen weitere fast 56 Gigawatt, während der prognostizierte Stromverbrauch steigen wird. Denken wir nur an die Heizungs- und Fahrzeugpläne mit Wärmepumpen und E-Autos. Bereits 2023 hat Deutschland nur im Saldo 12 Terawattstunden Strom importiert, ca. 25 Prozent davon aus Kernkraft, ein Teil auch aus fossilen Kraftwerken.

Damit macht sich das Land abhängiger von Stromimporten und nutzt die Kernkraft unserer Nachbarn, die wir hier abgeschaltet haben, weil sie eine „Hochrisikotechnologie“ sei.

GLAUBT MAN DEN REGIERENDEN, GIBT ES EIN WUNDERMITTEL

Es besteht nur aus einem Proton und einem Elektron und ist das einfachste und leichteste Element. Ein mit Luft gemischt hochexplosives, farb-, geruch- und geschmackloses Gas: Das Allheilmittel Wasserstoff. Allerdings sind die Märchenerzähler auch hier auf dem Holzweg. Derzeit wird H2 hauptsächlich durch Dampfreformierung hergestellt, was jedoch energieintensiv und nicht nachhaltig ist. Alternativen, wie Elektrolyse oder die biologische Produktion von H2, müssten weiterentwickelt werden, um die groß angelegte Produktion zu ermöglichen. Weder sind die nötigen seltenen Elemente in ausreichender und bezahlbarer Menge verfügbar, noch lässt sich der enorme und verlustbehaftete Stromverbrauch für die Elektrolysen realisieren.



Die Kosten für Produktion, Transport und Nutzung von „grünem“ H2 wären nicht ansatzweise konkurrenzfähig. Abgesehen davon gibt es so gut wie keine Speichermöglichkeit in ausreichender Menge, denn H2 ist ein sehr reaktionsfreudiges Gas und kann daher nur schwer und teuer gelagert werden. Um eine H2-Wirtschaft in großem Maßstab umzusetzen, müssten effiziente und sichere Speichertechnologien entwickelt werden, die den Transport und die Verteilung des Gases ermöglichen. Darum werden bereits heute hunderte Millionen Euro Steuergelder in H2-Projekten versenkt.

KLIMANEUTRAL VOR DIE WAND

Begründet wird alles mit Klimaschutz und insbesondere mit dem Pariser Klimaabkommen 2015. Dabei wird großzügig darüber hinweggesehen, dass so gut wie kein Land ähnlich agiert. Ganz im Gegenteil: Die weltweiten Emissionen steigen kontinuierlich an, was auch kein Wunder ist. Bei genauerer Betrachtung sind wir daran nicht ganz unschuldig. Denn genauso wie wir die Stromproduktion aus Kernkraft des Auslands beziehen, verlagern wir gewaltige Produktionskapazitäten in andere Länder. Denken wir nur an die Komponenten für die „Energiewende“. Zum allergrößten Teil kommen diese aus China. Produziert mit billigem Kohlestrom. Das ist alles andere als „grün“. **Echter Umwelt- und Naturschutz sind klar konservative Themen. Dafür steht nur die AfD-Fraktion.**



Für Nachhaltigkeit und Versorgungssicherheit

Arbeitskreis Ernährung, Ländlicher Raum und Verbraucherschutz
Dennis Klecker MdL





Die AfD setzt sich für Nachhaltigkeit und Versorgungssicherheit durch heimische Lebensmittel ein. Die fortschreitende Entmündigung von Landwirten, Jägern und Verbrauchern durch immer mehr europäische Regulierungen muss ein Ende haben. Entscheidungen müssen unter Einbeziehung aller Beteiligten auf der Grundlage rationaler Faktenanalysen statt ideologischen Wunschdenkens getroffen werden.

Bei Verbrauchern wie Erzeugern wollen wir eigenverantwortliches Handeln fördern. Bei Lebensmitteln kommt es uns nicht darauf an, ob sie aus biologischer oder konventioneller Produktion kommen, sondern entscheidend ist die Qualität und Verfügbarkeit der Produkte.



LANDWIRTSCHAFT UND SUBVENTIONEN

Als AfD-Fraktion haben wir seit Jahren konkrete Vorschläge in die Parlamente eingebracht, wie wir Landwirtschaft und Mittelstand unterstützen möchten. Unser Steuergeld muss primär zur Förderung unserer eigenen Betriebe und Bauern genutzt werden und nicht (über EU-Subventionen) zur Förderung der ausländischen Konkurrenz.

Wettbewerbsnachteile (wie wesentlich geringere Auflagen in Nachbarländern) werden wir beseitigen, indem wir die Nachteile hinsichtlich Auflagen sofort abbauen würden. Unsere Landwirtschaft würde dadurch automatisch wettbewerbsfähiger werden. Unsere Bundestagsfraktion würden wir bei der zügigen Umsetzung ihrer Sofortprogramme für die Landwirtschaft und den Mittelstand unterstützen.

Wir wollen umgehend die Landwirtschaft entbürokratisieren und damit die Betriebe entlasten, zudem würden wir die Hofnachfolge vereinfachen. Die EU-Behörden haben sich nicht weiter in die Bewirtschaftung einzumischen, etwa bei der Wahl der Fruchtfolge. Landwirtschaftliche Existenzgründer würden von der Grunderwerbsteuer befreit. Die Agrarförderung muss zudem die Leistungen kleinerer und mittlerer Familienbetriebe berücksichtigen und die Hofnachfolge vereinfachen.

QUALITÄT UND SONDERGENEHMIGUNGEN

Mit der Umsetzung des Green Deals der EU werden nicht nur die Erträge geringer, sondern in einigen Jahren sind Missernten zu erwarten. Das Ergebnis ist nicht nur weniger Ertrag, sondern häufig auch Pilze wie etwa Mutterkorn am Getreide, was Fehlgeburten auslösen kann. Auch wachsen durch weniger Pflanzenschutzmittel viele Giftpflanzen, die dann im Trog unserer Tiere landen. Doch nur noch wenige Pflanzenschutzmittel haben eine Zulassung, inzwischen ist es gängige Praxis, dass fast nur noch mit Notfall- und Sonderzulassungen gearbeitet wird. Bei uns dürfte die Landwirtschaft wieder ohne Sondergenehmigung pflügen, wann sie es für richtig hält!

Der Import von Obst und Gemüse aus fernen Ländern (bei denen oft in der EU verbotene Pflanzenschutzmittel verwendet werden), muss zumindest dann erschwert werden, wenn diese auch im eigenen Land verfügbar sind. Es darf nicht sein, dass z.B. bei Discountern als „regional“ beworbene Kartoffeln aus Ägypten angeboten werden, obwohl wir einen Selbstversorgungsgrad von 150 Prozent bei Kartoffeln haben.

WALDPFLEGE

Ein Drittel unseres Landes ist bewaldet, doch zunehmend leiden unsere Wälder. Statt zu handeln, beklagen sich Zuständige wie Agrarminister Hauk (CDU) regelmäßig nur über den Klimawandel. Wir würden das Landeswaldgesetz novellieren, mit resistenteren Bäumen aufforsten und insbesondere den funktionsfähigen Wald nicht für ideologische Windkraftanlagen roden. Wald dient nicht nur als Baumaterial, Energieträger und Wasserspeicher, sondern ist auch wichtig für die Naherholung. Sein Schutz geht nur unter Wahrung der Subsidiarität.

FLÄCHENBEWIRTSCHAFTUNG

Die verschiedenen Sparten der Flächenbewirtschaftung – Ackerbau, Viehzucht, Weinbau, Forstwirtschaft, Gartenbau und Imkerei – tragen zur Pflege der Kulturlandschaft, der Schaffung regionaler Arbeitsplätze und zur Versorgung der Bevölkerung mit hochwertigen Lebensmitteln in unserem Land bei. Bevor agrarpolitische Maßnahmen eingeführt werden, prüfen wir, wie sie sich auf das Einkommen der Bauern auswirken und welchen ökologischen Nutzen sie erbringen.

Schule ist mehr als nur die Vermittlung von Wissen

Arbeitskreis Bildung
Rainer Balzer MdL

„Wenn du ein Schiff bauen willst, beginne nicht damit, Holz zusammenzusuchen, Bretter zu schneiden und die Arbeit zu verteilen, sondern erwecke in den Herzen der Menschen die Sehnsucht nach dem großen und schönen Meer“, schreibt Antoine de Saint-Exupéry in der „Stadt in der Wüste“.



Natürlich ist die Schule mehr als nur die Vermittlung von Wissen. Die jungen Menschen wachsen dort in die sie umgebende Gesellschaft hinein und lernen dabei auch, Konflikte zu lösen. Doch das Konfliktelösen ist kein Wert an sich. Wenn der eigentliche Zweck der Schule, nämlich Neues zu lernen, Könnerschaft und Leistung zu zeigen, für die Schüler nicht mehr erkennbar oder gar nicht mehr vorhanden ist, dann wird Unterricht, der weitgehend aus sich-Wohlfühlen-im-Stuhlkreis besteht, mehr als fragwürdig. Entscheidend für eine gute Schule ist der Erfolg des Lernens.

DER FREUDE AM LERNEN WIEDER EINE CHANCE!

Den Gedanken Jean-Jacques Rousseaus bei „Emile“ folgend, ist die Eigenständigkeit und Selbstwertung der jungen Menschen in den Mittelpunkt der Erziehung zu stellen. Für die heutige Bildungspolitik leite ich daraus eine hohe Priorisierung der Entwicklung zu Eigenverantwortung und Selbstständigkeit ab. Denn diese Fähigkeiten sind notwendige Voraussetzung zur Erbringung von Leistung.

Wir von der Landtagsfraktion der Alternative für Deutschland wollen wieder eine Kultur der Leistung in den Schulen. Mit Mindeststandards kann kein Land die Weltspitze erreichen. Wir möchten den Eltern wieder mehr Verantwortung geben. Von den Leistungsnachweisen erwarten wir eine Strahlkraft auf die gesamte Schullandschaft. Eine Schule ohne Noten ist wie ein Fußballspiel ohne Tore.



NOTEN SIND NICHT UNGERECHT

Noten seien angeblich ungerecht, sagen ausgerechnet oft diejenigen, die in der Schule schlechte Noten hatten oder haben. Warum sind Schulnoten ungerecht und warum soll eine schriftliche Beurteilung, die stark auf das Sozial- und Arbeitsverhalten bezogen ist und als „Lernentwicklungsbericht“ tituliert wird, gerechter sein?

Der erste Denkfehler ist schon die Missachtung der Unterschiedlichkeit der Schüler. Differenziert kann ich Leistung am besten in einem objektiven System mit Ziffern ausdrücken – und nicht in einem informativen, eher subjektiven Feedback, das oft Worthülsen und Phrasen enthält. Diese Worthülsen beschreiben den guten Schüler immer noch als guten Schüler. Die schwächeren Schüler bekommen mitgeteilt, dass sie schwächer sind und sich mehr anstrengen sollten. Aber zum Trost, vielleicht ist ihr Sozialverhalten in Mathematik besser. Und hier beginnt das Unscharfe in der Bewertung, die Ungerechtigkeit nimmt ihren Lauf. Freundlich und sozial kann jeder auftreten, der das möchte.

Natürlich ist ein Vergleich der Schulleistungen immer relativ zu den Mitschülern, ähnlich wie im Sport: Meine Leistung mit zwei Toren bei einem Fußballspiel ist sehr gut, wenn der Gegner weniger als zwei Tore geschossen hat. Wenn er aber drei Tore geschossen hat, dann habe ich eine schwache Leistung abgeliefert. Genauso gibt es bei der Schülerleistung immer drei Kriterien: die Entwicklung des Schülers, das Können gemäß dem Bildungsplan und eine soziale Bezugsnorm im Vergleich zur Klasse.

In Wirklichkeit ist ein Verzicht auf Noten eine Abkehr vom Leistungsprinzip und führt zur weiteren Nivellierung der Schülerleistung. Dabei werden uns weltweit bald die letzten Plätze im Wettbewerb der Wissenschaften und der Technik zufallen. Keine Schule ohne Noten! Daraus ergibt sich unsere Ablehnung des Projektes „Schule ohne Noten“ von Linken und Grünen. Denn dies ist wie Schule ohne Leistung oder eben Fußball ohne Tore.



Hochschulen: Qualität… statt Gender und Beliebigkeit



Arbeitskreis
Wissenschaft, Forschung und Kunst
Alfred Bamberger MdL

Die Hochschulpolitik ist eines der wichtigsten Handlungsfelder der Landespolitik: In den Hochschulen wird die akademische Leistungselite des Landes herangebildet und sie gehören zu den wenigen Bereichen, in denen dem Land Baden-Württemberg tatsächlich eigenständige, wesentliche Entscheidungskompetenz zukommt. Um so wichtiger ist es, dass die Fraktion der AfD im Landtag von Baden-Württemberg sich für leistungsfähige Hochschulen einsetzt.

Die Altparteien haben im Zuge der sogenannten Bologna-Reform die bewährten Traditionen unseres Bildungslandes im Namen der internationalen Standardisierung über Bord geworfen. Bachelor und Master haben sich nicht im freien Wettbewerb gegen die früheren Diplom- und Masterabschlüsse durchgesetzt. Sie wurden im Jahr 2003 durch einen brutalen Akt und gegen intensiven Widerstand aus den Hochschulen vom Gesetzgeber erzwungen. Hoch bewährte und erfolgreiche Abschlüsse, die zum selbständigen, kreativen, hochwertigen Arbeiten befähigten, sind verschwunden. Den Diplom-Ingenieur gibt es nicht mehr, ebenso wenig den Diplom-Kaufmann oder den Magister in Germanistik oder anderen Fachbereichen.

Qualität hat sich verschlechtert

Versprochen wurde damals Vieles. Doch keine der Versprechungen hält aus heutiger Sicht der Überprüfung stand: Die Abbruchquoten haben sich nicht verringert, in der Tendenz sogar erhöht. Die Verkürzung der Studiendauer bis zum ersten Hochschulabschluss ist ausschließlich und direkte Folge des verkürzten Bachelor-Studiums. Aber vor allem: Die Qualität der akademischen Ausbildung hat sich verschlechtert. Die Kritik insbesondere am Bachelor ist nie verstummt: Verschulte, in kleinteiligen, standardisierten Modulen organisierte Studiengänge, die wenig Freiheit für akademisches Erkunden und selbständige Entwicklung lassen. Hinzu kommt, dass nicht-fachliche Inhalte wie Werte, Fragen der Weltanschauung und sogenannte „soft-skills“ mehr Gewicht bekommen haben – letztlich durch Zwang seitens der Politik und zulasten der fachlichen Qualität.

Aber nicht nur die Qualität der Studiengänge hat unter „Bologna“ gelitten. Bologna war auch der Startschuss für die fortschreitende Instrumentalisierung der Hochschulen für alle möglichen Belange: Beauftragte für dieses und jenes, Bürokratisierung, Akkreditierung und obendrauf noch die spezifische Verpflichtung zu Klima, Tierschutz und Nachhaltigkeit durch das baden-württembergische Hochschulgesetz – und selbst wenn man letztere Dinge für wichtig hält, so gehören sie einfach nicht in das Hochschulrecht.

Als AfD-Fraktion wollen wir eine Rückbesinnung der Hochschulen auf ihren Kernauftrag: Fachlich vorzügliche Studiengänge anzubieten. Bahnbrechende Forschung zu treiben. Auf dieses Ziel hin sind Studiengänge und die Hochschulen zu gestalten. Dabei setzen wir nicht wie die Altparteien auf Zwang, sondern wir wollen Freiheit geben, Dezentralisierung ermöglichen. Zugleich soll das Land seine Aufsichtspflicht, die es im Wesentlichen an intransparente, sogenannte Akkreditierungsstellen delegiert hat, wieder an sich ziehen.

Wir fordern eine Reform, die …

1 es Hochschulen und Fakultäten ermöglicht, in eigener Entscheidung nach dem Kriterium höchstmöglicher fachlicher Qualität über die optimale Studienform und den optimalen Studienabschluss (Diplom, Magister, Bachelor, Master o.a.) zu entscheiden;

2 fachliche Qualität in Studium und Forschung als das stets primäre Kriterium für alle hochschulischen und hochschulpolitischen Entscheidungen verankert;

3 die Akkreditierung von Studiengängen und die Systemakkreditierung der Hochschulen in das Ermessen der Fakultäten oder der Hochschule stellt und bei Verzicht auf eine Akkreditierung eine staatliche oder hochschulische Qualitätssicherung vorsieht;

4 es den Hochschulen freistellt, ob und inwieweit sie hochschulfremde Ziele wie Klima, Tierschutz, Nachhaltigkeit oder ähnliches zu verfolgen wünschen;

5 die Pflicht zur Einrichtung von Beauftragten aufhebt und stattdessen in das Ermessen der Hochschulen stellt;

6 Studenten und Hochschulpersonal vor formellem oder informellem Zwang zur Nutzung einer politisierten und ideologisierten Gender-Sprache schützt.

Mit diesen Maßnahmen eröffnen wir Chancen für bessere Hochschulen, qualitativ hochwertigere Studiengänge und letztlich bessere Berufs- und Lebenschancen für die Absolventen.

Soziales Handeln hält unsere Gesellschaft zusammen

Arbeitskreis Soziales, Gesundheit und Integration
Carola Wolle MdL

Die grundsätzliche Auffassung der AfD-Fraktion zum Sozialstaat unterscheidet sich deutlich von jener anderer Parteien. Grünschwarz treibt mit freundlicher Unterstützung der sogenannten Oppositionsparteien SPD und FDP auf allen Ebenen die Abgabenlast in die Höhe und verteilt dann einen Teil davon nach politischem Kalkül. Anderswo nennt man das Wählerbestechung.

Wir sagen: Soziales Handeln hat nichts mit Mitleid zu tun. Soziales Handeln hält unsere Gesellschaft zusammen. Keiner von uns ist vor Schicksalsschlägen gefeit. Dafür haben wir die Sicherheit eines sozialen Auffangnetzes, das uns beschützt, aber nicht als soziale Hängematte missbraucht werden darf. Wer sich dauerhaft nicht selbst behelfen kann, dem gehört selbstverständlich die Solidarität der ganzen Gesellschaft. Für alle anderen kann es nur um Hilfe zur Selbsthilfe gehen. Genau das war einmal gesellschaftlicher Konsens. Heute stehen Leistungsgedanke, Fleiß oder Stolz auf das Eigene unter Extremismusverdacht. Es scheint deshalb für einige Menschen vorteilhafter und bequemer zu sein, sich und seinen Familien dauerhaft vom Staat alimentieren zu lassen, als einer geregelten Arbeit nachzugehen und seinen Beitrag für die Gesellschaft zu leisten. Diese angeblichen sozialen Wohltaten spalten die Gesellschaft in hart arbeitende Steuerzahler und perspektivlose Wohlfahrtsempfänger. Das ist nicht die Auffassung der AfD-Fraktion von sozialer Gerechtigkeit. Wenn von einem Euro Einkommen uns Bürgern nur 43 Cent übrigbleiben, dann ist dieser Sozialstaat offen leistungsfeindlich und ruinös. Nicht die arbeitsfähigen Bürgergeldempfänger brauchen unsere Solidarität, sondern berufstätige Eltern mit Kindern.



GEGEN DIE FAMILIENFEINDLICHE POLITIK

Eine üble Folge der familienfeindlichen Politik im Land besteht im finanziellen Zwang zur Berufstätigkeit beider Eltern, ansonsten drohen sozialer Abstieg und Altersarmut, vor allem den Frauen. Die AfD-Fraktion verteidigt hartnäckig ihre Auffassung von Gleichberechtigung: jede Frau soll frei über Mutterschaft, Berufstätigkeit und Karriere entscheiden können. Die grünschwarze Regierung hat die Resultate von 100 Jahren Frauenbewegung auf schreckliche Weise deformiert und nennt dieses Zerrbild „Gleichstellung“. Völlig losgelöst von tatsächlicher Qualifikation werden das Geschlecht – aber auch weitere Merkmale, wie sexuelle Andersartigkeit und Migrationshintergrund – zu verbindlichen Selektionskriterien für beruflichen oder sozialen Aufstieg erklärt. Das ist zutiefst ungerecht und vor allem frauenfeindlich.



Besonders bizarre Züge nimmt die Familienpolitik der Regierung an, wenn es um das umstrittene Thema „Transsexualität“ geht. Der winzig kleinen Minderheit tatsächlich transsexueller Menschen sollte selbstverständlich Aufmerksamkeit eingeräumt werden. Wenn aber mit gewaltigem medialen Druck bereits Vorschulkinder in ihrer sexuellen Identität verunsichert werden, wenn der Wechsel des Geschlechts Jugendlichen als „chic“ nahezu aufgedrängt wird – dann stehen wir an der Grenze einer staatlich geförderten Körperverletzung. Die AfD-Fraktion respektiert die sexuelle Orientierung jedes Menschen, aber wir dulden keine Queer- und Transpropaganda gegenüber Heranwachsenden. Vor allem aber gilt die unumstößliche Wahrheit: es gibt nur zwei biologische Geschlechter. Wer anderes behauptet, hat die Realität aus den Augen verloren.



„KRISENFESTE GESELLSCHAFT“ NUR MIT UNS!

Die Corona-Krise gehört zweifellos zu den schlimmsten Ereignissen der letzten Jahrzehnte. Die Folgen einiger sinnvoller und zahlloser unsinniger Maßnahmen der Landesregierung werden in ihrem Umfang und ihrer Langfristigkeit erst nach und nach sichtbar. Von unaufholbaren Lern- und Entwicklungsdefiziten bis hin zum massiven Anstieg psychischer und ernährungsphysiologischer Auffälligkeiten reicht die Liste der durch die Ignoranz der grünschwarzen Regierung verursachten Schäden an Kindern und Jugendlichen. So wie ein Jahresring nach einem harten Winter einen Baum Zeit seines Lebens prägt, so wird die heutige junge Generation dauerhaft an den durch die Regierung verschuldeten Defiziten leiden. Die AfD-Fraktion hat während des zweieinhalb Jahre andauernden Corona-Regimes stets die Verhältnismäßigkeit der zahllosen Maßnahmen gefordert, leider vergebens. Eine selbstkritische Analyse mit Blick auf künftige Krisenereignisse hat die Enquete-Kommission „Krisenfeste Gesellschaft“ leider auch nicht geleistet.

Der Petitionsausschuss – Perle des Landtags ohne Glanz!



Arbeitskreis Petitionen
Hans-Peter Hörner MdL

Der Petitionsausschuss ermöglicht es jedem Mitbürger, sich mit seinem persönlichen Anliegen an die Abgeordneten jeder Partei zu wenden.

Bei den regelmäßigen Ausschuss-Sitzungen wird i.d.R. über jeweils mehr als hundert Petitionen abgestimmt, die dann dem Landtag vorgelegt werden. Zuvor werden die Sachlagen im jeweiligen Fraktions-Arbeitskreis nach individueller Sichtung durch einen Abgeordneten besprochen. Da die Empfehlungen nicht immer einmütig ausfallen, werden die betroffenen Ministerien in besonderen Fällen zur Diskussion in den Ausschuss herangezogen. Bausachen stehen an der Spitze, gefolgt von Ausländerrecht und kommunalen Angelegenheiten, danach das Gesundheitswesen, der Verkehrsbereich und Schule sowie Bildung. Weitere vielfältige Themen aus allen möglichen Bereichen verlangen viel Einfühlungsvermögen und neben Einarbeitung in allerlei Rechtsgrundlagen auch enorm viel Zeit. Besonders hervorzuheben ist die Möglichkeit von Ortsterminen, bei der einzelne Ausschussmitglieder sich mit der Sachlage vor Ort vertraut machen. Eine zwar arbeitsreiche Gestaltung, auch im Beisein von Behörden- und Ministerien-Vertretern, wobei aber auch die Petenten und andere Betroffene zu Wort kommen.

Je nach Berechnung kann festgehalten werden, dass etwa 20 Prozent der Eingaben ganz oder teilweise erfolgreich sind. Das bedeutet im Umkehrschluss, dass über 80 Prozent nicht zum vom Petenten gewünschten Erfolg führen. Grund hierfür sind i.d.R. rechtliche Rahmenbedingungen, bereits abgeschlossene Gerichtsverfahren oder rechtskräftige Bescheide. Auch führen ideologische Vorgaben, bezogen auf die jeweiligen Parteigrundsätze, oft zu unterschiedlichen Bewertungen und Abstimmungen, so z.B. bei Petitionen zu Umwelt, Windkraft, zur Grundsteuer oder auch im Bereich Gesundheit zu Corona. Eine Härtefallregelung, die dem Ausschuss mehr individuelle Entscheidungsmöglichkeit einräumen würde, gibt es nur im Bereich des Ausländerrechtes bei Aufenthaltsregelungen – für Deutsche, die sich bei der Ausübung ihrer Rechte benachteiligt fühlen, ist eine Härtefallregelung mit individueller Betrachtungsmöglichkeit dagegen nicht gegeben.

ABER: DER AUFWAND LOHNT!

Die Zeitdauer für die Bearbeitung einer Petition ist für den Berichterstatter unterschiedlich. Je nach Sichtung, zur Verfügung stehenden Grundlagen, Eingabeumfang des Petenten, Gesprächen mit diesem, Ortsterminen kann ein Zeitraum von mehreren Monaten entstehen. Wichtig erscheint dabei die emotionale Einarbeitung, damit sich der Petent – unabhängig vom Ergebnis – verstanden und angenommen fühlt. Wenn letztendlich die Vorstellungen der Petenten aufgrund der Rechtslage nicht zum gewünschten Erfolg führen, bleibt die Möglichkeit, die Sachlage der Landesregierung zur Erwägung weiterzuleiten. So hat der einzelne Bürger die Möglichkeit, auf die Gesetzeslage einzuwirken – demokratisch von der Basis her!

Die Petition, welche – sicher nicht nur mich – bisher am stärksten beeindruckt hat, war die Eingabe „Geraubte Kinder". Sie betrifft eine hohe Zahl an Kindern, die ab 1942 von den Nationalsozialisten entführt und im Rahmen der sogenannten „Germanisierung" linientreuen deutschen Familien zur Adoption angeboten wurden. Dem Beschluss des Ausschusses der Weitergabe an die Landesregierung zur Erwägung folgte diese, indem ein Programm unter dem Titel „Geraubte Kinder im Südwesten" aufgelegt wurde.



PETITIONSAUSSCHUSS STETIG VERBESSERN!

Die AfD-Fraktion hat im Ausschuss nur zwei Stimmen. Persönlich wünsche ich mir in der nächsten Legislaturperiode eine wesentlich höhere Sitzzahl – damit die Eingaben der Petenten nach dem gesunden Menschenverstand und frei von Partei-Ideologie zu mehr Erfolgen führen können; und eine Härtefallregelung für deutsche Staatsbürger. Wünschenswert ist für den Arbeitskreis auch die Möglichkeit von öffentlichen Verhandlungen im Ausschuss, natürlich nur mit Zustimmung der Petenten. Anträge von uns hierzu wurden jedoch – wie so oft – abgelehnt. Doch wir kämpfen weiter!



Keine Schnapsideen, keine Bevormundung

Arbeitskreis Umwelt, Klima und Energie
Joachim Steyer MdL



Mein Name ist Joachim Steyer. Ich wurde 1966 in Bremen geboren, bin verheiratet und habe vier erwachsene Kinder. Beruflich bin ich als selbstständiger Gas- und Wasserinstallateurmeister tätig – auch jetzt noch, wenn auch in einem deutlich geringeren Umfang als vor meinem Einzug in den Landtag. So stelle ich für mich selbst sicher, dass ich auch als „Berufspolitiker" niemals den Kontakt zum einfachen Bürger, seinen Sorgen und Nöten, seinen Hoffnungen und Wünschen verliere. Wohnhaft bin ich in Burladingen auf der wunderschönen Zollernalb.

Um einen Beitrag zur Erhaltung unserer Heimat zu leisten, bin ich 2015 unter dem Eindruck der wahnsinnigen CDU-„Willkommenskultur" der AfD beigetreten. Ich engagiere mich vor Ort im Ortsverein Burladingen, bin seit der Kommunalwahl Vorsitzender unserer Gemeinderatsfraktion und wurde 2021 in den Landtag von Baden-Württemberg gewählt. Seither habe ich die Ehre, unsere Partei im Ausschuss für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft zu vertreten.



SITZUNGEN WERDEN ZUR FARCE

Wie Sie vielleicht bereits erahnen können, geraten die dortigen Sitzungen regelmäßig zu einer Art Folterkammer. Als Praktiker in einem Raum mit lauter ideologisierten Theoretikern Sitzung für Sitzung die neuesten Schnapsideen aus dem linksgrünen Elfenbeinturm erleben zu müssen, ist alles andere als angenehm. Ob Bevormundung bei der Wahl der Heizung oder des Autos, der Verschandelung unserer Landschaft durch Windräder oder eine völlig unausgegorene Energiewende, die C02-neutrale Kernkraftwerke durch Kohleverstromung ersetzt und dies als Beitrag zum Klimaschutz verkauft: Spaß macht dieser Teil meiner parlamentarischen Arbeit leider nicht.

Damit sich das zukünftig vielleicht einmal ändert, ist eine starke AfD unerlässlich, die nicht nur selbst immer besser bei Wahlen abschneidet, sondern den Opportunisten in den etablierten Parteien nach und nach ein Umdenken aufzwingt. Hier sind wir bereits auf einem guten Weg: Dass inzwischen ausgerechnet die CDU, unter deren Herrschaft der Ausstieg aus der Kernenergie beschlossen wurde, eine Rückkehr zu dieser Form der Energiegewinnung zumindest auf dem Papier fordert, ist kein Zufall. Für die Umsetzung einer solchen Politik ist aber eine Koalition mit der AfD notwendig, weswegen es sich um nichts anderes als Wählertäuschung handelt, solange gleichzeitig an der sogenannten Brandmauer festgehalten wird.



FACHKRÄFTEMANGEL – EIN DAUERPROBLEM

Als Handwerksmeister ist außerdem der Fachkräftemangel eines meiner großen Themen. Schon als junger Mensch war dieses Problem bekannt – und es war übrigens auch der Grund für meinen Umzug von Bremen nach Baden-Württemberg, wo bereits damals händeringend qualifizierte Arbeitskräfte gesucht wurden. Dass sich daran bis heute absolut nichts geändert hat, ist ein gewaltiges politisches Versagen der Altparteien, die hier sehenden Auges unseren Mittelstand und damit den Wohlstand breiter Bevölkerungsschichten gefährdet bzw. ruiniert haben.

Dass in den Schulen stets so getan wird, als sei der Mensch nur mit Abitur und Studium etwas wert, ist einer der Hauptgründe dieser Misere. Anstatt die Ansprüche immer weiter abzusenken, damit auch wirklich jeder noch für studierfähig erklärt werden kann, muss wieder eine Bildung entsprechend der tatsächlichen Fähigkeiten jedes Einzelnen Einzug in die Klassenzimmer halten. Dass ein gesuchter Handwerker angesichts von Fachkräftemangel und Akademikerflut eine bessere berufliche Zukunft vor sich hat als der tausendste Gender-Studies-Absolvent, ist eine Erkenntnis, die jungen Menschen dringend vermittelt werden muss, wenn diese Problematik wirklich ernstgenommen werden soll.

Diese Annahme gilt allerdings auch nur dann, wenn sich Arbeit wieder deutlich mehr lohnt als das Dasein in der sozialen Hängematte. Das Bürgergeld zu erhöhen, anstatt endlich Steuern und Abgaben für die arbeitende Bevölkerung drastisch zu senken, wird den Fachkräftemangel nur noch weiter verschärfen. Denken Sie genau daran, wenn Sie das nächste Mal verzweifelt einen Handwerker zu bekommen versuchen!

Das Volk ist der Souverän!



Arbeitskreis für Verfassungs- und Rechtsfragen, Medienpolitik und Datenschutz
(=Ständiger Ausschuß / Zwischenparlament)
Rüdiger Klos MdL

Das Volk ist der Souverän! Das ist unsere Leitlinie für Demokratie und Rechtsstaat. Wir bekennen uns zu einem föderalen Deutschland und zu Baden-Württemberg als unserer Heimat, dem deutschen Volk und unserer deutschen Sprache. Dazu gehört, dass wir die freiheitlich demokratische Grundordnung verteidigen und uns für die grundgesetzlich geschützte Meinungsfreiheit einsetzen. Es gilt, Angriffe gegen unsere Landesverfassung durch linksgrüne Ideologie abzuwehren. Das Gewaltmonopol liegt beim Staat und dabei muss es bleiben. Bedrohungen, Übergriffe und tätliche Angriffe gegen politisch Andersdenkende oder Mandatsträger gleich welcher Partei sind mit einem souveränen Rechtsstaat unvereinbar und für die AfD-Fraktion gilt, Null Toleranz bei Terror und Gewalt. Parallelgesellschaften sind mit allen Mitteln des Rechtsstaates zu verhindern.

KAMPF FÜR DIE GRUNDRECHTE – AUCH WÄHREND CORONA

Auch und gerade in der Corona-Krise, kämpfte die AfD-Fraktion für die Bewahrung unserer Grundrechte. In dieser, durch ein hypochondrisches Verhalten und kopflose, unwissenschaftliche Panikmache der Regierungsfraktionen selbstverschuldete wirtschaftliche, finanzielle und soziale Krise wurden mit Lichtgeschwindigkeit Grundrechte massiv eingeschränkt und teilweise sogar außer Kraft gesetzt.

Die AfD-Fraktion hat sich hier immer wieder unter Verweis auf das Grundgesetz und die Landesverfassung mit allen parlamentarischen Mitteln für die Freiheitsrechte der Bürger eingesetzt. Gegen die Pläne der grünen Landtagspräsidentin, im Jahr 2020 das Parlament nach Hause zu schicken und die Regierung ohne jegliche Kontrolle schalten und walten zu lassen, wie in einer Diktatur, hat die AfD-Fraktion im Präsidium des Landtages erfolgreich opponiert und diese verfassungsfeindlichen Absichten verhindern können.

So werden Sie abGEZockt

Auch bei den TV-Zwangsgebühren zeigt die AfD-Fraktion klare Kante. Wir fordern die Rundfunkgebühr an die Nutzung zu koppeln, keine Nutzung – keine Zwangsabgabe. Der SWR muss sich wieder auf seinen ursprünglichen Auftrag besinnen, die Grundversorgung der Bürger mit objektiven Informationen. Aktuell nimmt der SWR aus der Zwangsabgabe 1,111 Milliarden p.a. ein. Das ist weit mehr, als für die Grundversorgung nötig ist, so dass hier eine erhebliche Entlastung für die Bürger entsteht. Wir analysieren im Ausschuss die Berichte der KEF zur Höhe der Beitragssätze und treten Erhöhungen mit Zahlen und Fakten entgegen.

Ebenso zeigt die AfD-Fraktion in den Reden Alternativen zum bestehenden System auf, thematisierte die Skandale bei den ÖRR und wehrte sich auch gerichtlich gegen Falschbehauptungen. Daneben verweigerten wir uns aber auch nicht dem Gespräch mit dem Intendanten und untermauerten unsere Kritik an der fehlenden objektiven Berichterstattung mit den entsprechenden Beispielen.

FÜR DIE FAMILIE AUS MUTTER, VATER UND KINDERN

Das sind die Leitmotive der AfD-Fraktion gegen Genderwahn und Multikulti-Irrsinn, die sich wie ein schleichendes Gift der Zersetzung unserer Traditionen und Werte durch von oben verordnete Maßnahmen verbreitet, gegen den erklärten Willen von über 85 Prozent der Bürger. Dabei ist die Rechtslage völlig klar. In § 184 S. 1 des Gerichtsverfassungsgesetzes heißt es. „Die Gerichtssprache ist deutsch." Professor Jan von Hein hierzu: „Diese Vorschrift dient einem sprachlich reibungslosen Prozessablauf und der Wahrung des rechtlichen Gehörs. Hierzu muss man sich am allgemeinen Sprachgebrauch orientieren, den die Empfehlungen des Rates für deutsche Rechtschreibung am besten abbilden".

Der Rat vertritt die Auffassung, dass die Verwendung von Satzzeichen oder typografischen Zeichen innerhalb von Wörtern die Verständlichkeit, Vorlesbarkeit, Eindeutigkeit und Rechtssicherheit von Begriffen und Texten beeinträchtigt. Die Nationalsozialisten haben Sprache als Mittel der Identifikation Andersdenkender missbraucht. Das darf sich nicht wiederholen.



Gesundheitsversorgung ist Daseinsfürsorge

Arbeitskreis
Soziales, Gesundheit und Integration
Bernhard Eisenhut MdL



Die AfD-Fraktion meint: Die Bürger sollten sich darauf verlassen können, dass die von ihnen erschaffenen Werte auch der grundlegenden Infrastruktur in unserem Land zugutekommen. Tatsächlich erleben wir jedoch zunehmend, wie Gesundheitsstrukturen wie Krankenhäuser, besonders Kapazitäten in der Kinderheilkunde und der Geburtshilfe, abgebaut werden und die Versorgung mit Ärzten immer mehr ausgedünnt wird. Wer sich um einen Pflegeplatz bemüht, muss um ausreichend qualifiziertes Personal oder die Finanzierbarkeit der Unterbringung bangen. Die AfD-Fraktion ist der Ansicht, dass dieses Land reich genug ist, um wieder eine hervorragende Gesundheitsversorgung zu schaffen, wenn man nur bereit wäre, das erwirtschaftete Steuergeld wieder für das eigene Volk auszugeben.

Nicht jede Klinik wird jede einzelne Leistung anbieten können. Deshalb möchten wir Krankenhäuser nach Versorgungsgraden kategorisieren und sicherstellen, dass für alle Bürger jede Leistung in annehmbarer Entfernung verfügbar ist. Die Grundversorgung muss von jedem Krankenhaus erfüllt werden und Notfälle sowie zeitlich kritische Bereiche wie die Geburtshilfe abdecken und die Gesundheitsversorgung insbesondere im ländlichen Raum sicherstellen. Fachabteilungen wie HNO- oder Augenheilkunde, Orthopädie, Pädiatrie und Neurologie müssen wenigstens auf regionaler Ebene in einem ausreichenden Umfang zur Verfügung stehen. Die Maximalversorgung zur Behandlung von Spezialfällen, die auch eine besondere personelle und technische Ausstattung erfordern, können auf wenige Kliniken konzentriert werden, wenn sie rechtzeitig zu erreichen sind. Fachkräfte können so optimal eingesetzt und teure Doppelstrukturen vermieden werden, während sich die Versorgung verbessert. Eine solche Versorgung setzt jedoch voraus, dass Krankenhäuser zwar weiterhin wirtschaftlich sinnvoll arbeiten, aber nicht mehr gezwungen sind, Profit zu erwirtschaften und Patienten sowie Gesundheit zunehmend als Ware zu betrachten. Hierfür wird auch die Rückführung von Krankenhäusern in die öffentliche Hand notwendig sein. Die AfD-Fraktion befürwortet daher ein Ende des Fallpauschalensystems und plädiert stattdessen für die Finanzierung der tatsächlich entstandenen Kosten und die Rekommunalisierung von Kliniken.

Um Ärzte wieder zu motivieren, sich insbesondere in Mangelgebieten wie dem ländlichen Raum niederzulassen, möchten wir den Einstieg in die Selbstständigkeit erleichtern. Die bisherigen Förderprogramme erfüllten diese Aufgabe nicht. Wir wollen Kommunen dabei unterstützen, eigene Infrastrukturen zu schaffen und etwa eine Praxis einzurichten, welche Ärzten zunächst zur Miete zur Verfügung gestellt werden kann. Insbesondere jungen Absolventen wird somit eine große finanzielle Belastung zu Beginn der Selbstständigkeit genommen. Während sich die Investition über die Jahre refinanziert, erhöht sich die Chance, dass ein ansässig gewordener Arzt der Gemeinde auch längerfristig erhalten bleibt.

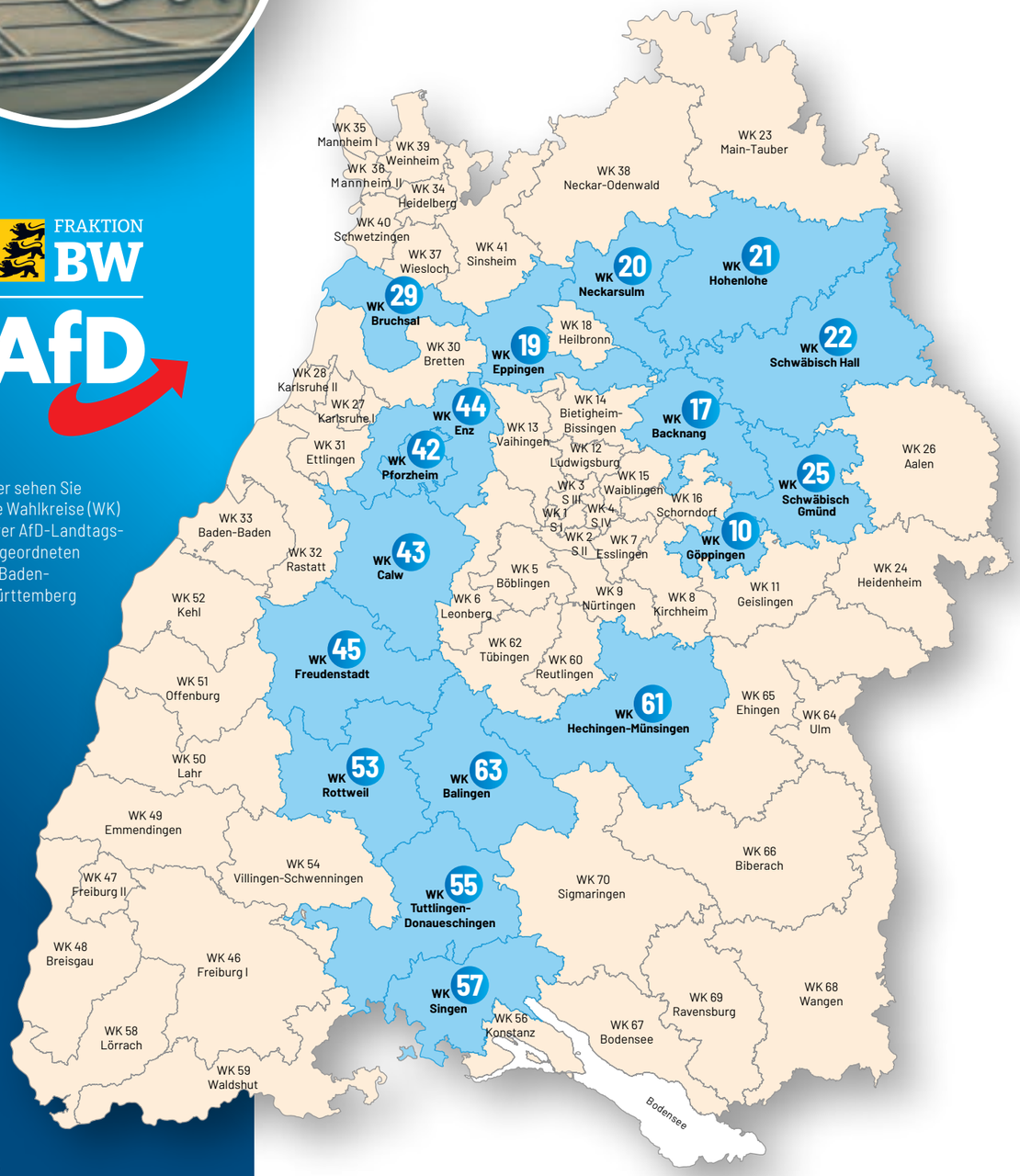
Angemessene und würdevolle Pflege im Alter darf Betroffene nicht in existenziell bedrohende Situationen bringen. Um den Eigenanteil bei den Pflegeheimkosten deutlich zu senken, spricht sich die AfD-Fraktion für eine erhebliche Förderung oder Übernahme der Investitionskosten in Pflegeheimen aus. Gute Pflege lebt aber vor allem von qualifiziertem Personal, welches auch die Zeit findet, sich um die Patienten zu kümmern. Die Lösung des Fachkräftemangels sehen wir nicht im Import von ausländischem Pflegepersonal. Zahlreiche Fachverbände bestätigen unsere Annahme, dass Ausländer nicht dauerhaft zur Lösung beitragen und zahlreiche Barrieren zu Konflikten im Pflegealltag führen. Um die hiesigen Fachkräfte zu entlasten, schlagen wir zunächst eine deutliche Entbürokratisierung und darüber hinaus umfassende Qualifizierungsmaßnahmen vor. Wer in Baden-Württemberg Sozialleistungen wie das Bürgergeld erhält, hat seine Arbeitskraft zur Verfügung zu stellen und sollte auch etwa zur Entlastung im Pflegesektor eingesetzt werden.



FRAKTION BW
AfD

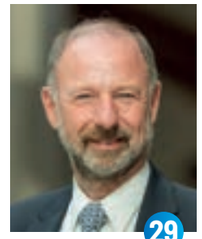
AfD-Fraktion – die einzig wahre Opposition

Auch wenn es oft mühsam erscheint, lohnt die gründliche Haushaltsarbeit dennoch. Der Landesregierung dürfen sinnlose und verschwenderische Maßnahmen nicht widerspruchslos durchgelassen werden. Falsche Schwerpunkte sind schonungslos aufzuzeigen, zumal die weiteren Oppositionsfraktionen SPD und FDP sich hier nicht als notwendiges Korrektiv, sondern allzu oft als bloße Ja-Sager zugunsten von Grünen und CDU betätigen.

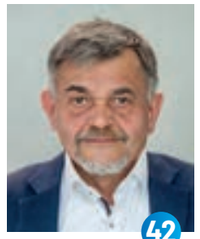


Hier sehen Sie die Wahlkreise (WK) Ihrer AfD-Landtagsabgeordneten in Baden-Württemberg

Daher ist die AfD-Fraktion so wichtig: Sie deckt die Misswirtschaft und die Steuergeldverschwendung der Landesregierung schonungslos auf. Die AfD-Fraktion ist die einzige wirkliche Opposition im Landtag von Baden-Württemberg. Dies hat sich auch in den zurückliegenden Haushaltsberatungen erneut gezeigt.



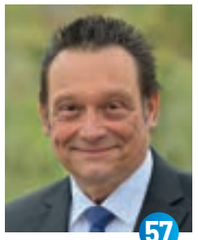
Dr. Rainer
Balzer
Wahlkreis 29
Bruchsal



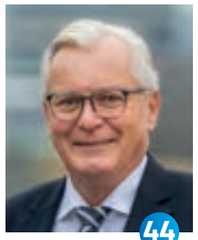
Alfred
Bamberger
Wahlkreis 42
Pforzheim



Anton
Baron
Wahlkreis 21
Hohenlohe



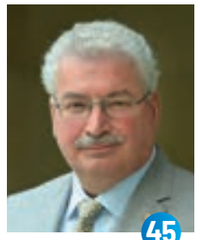
Bernhard
Eisenhut
Wahlkreis 57
Singen



Bernd
Gögel
Wahlkreis 44
Enz



Hans-Jürgen
Goßner
Wahlkreis 10
Göppingen



Dr. Uwe
Hellstern
Wahlkreis 45
Freudenstadt



Hans-Peter
Hörner
Wahlkreis 63
Balingen



Miguel
Klauß
Wahlkreis 43
Calw



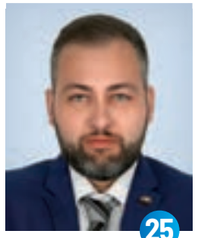
Rüdiger
Klos
WK 55 | **Tuttlingen-Donaueschingen**



Daniel
Lindenschmid
Wahlkreis 17
Backnang



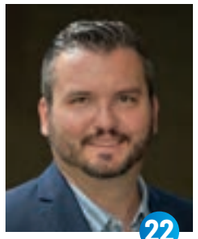
Dennis
Klecker
Wahlkreis 19
Eppingen



Ruben
Rupp
Wahlkreis 25
Schwäbisch Gmünd



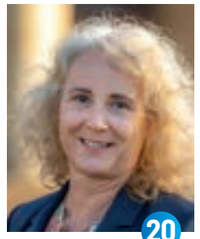
Emil
Sänze
Wahlkreis 53
Rottweil



Udo
Stein
Wahlkreis 22
Schwäbisch Hall



Joachim
Steyer
Wahlkreis 61
Hechingen-Münsingen



Carola
Wolle
Wahlkreis 20
Neckarsulm

DIE KONSERVATIVE KRAFT
IM SÜDWESTEN



Sie finden uns auch unter:

- www.afd-fraktion-bw.de
- youtube.com/AfDFraktionBadenWürttemberg
- facebook.com/AfDFraktionBW
- instagram.com/afd.fraktion.bw
- twitter.com/AfDFraktionBW
- tiktok.com/@afdfraktion.bw

Impressum: V.i.S.d.P.: Josef Walter, AfD-Fraktion im Landtag von Baden-Württemberg, Konrad-Adenauer-Straße 3, 70173 Stuttgart.
Alle hier bereitgestellten redaktionellen Texte und Fotos dienen lediglich Informationszwecken und der freien Meinungsbildung über das aktuelle Zeitgeschehen. Weitergabe ausdrücklich erwünscht. Eine Rechtsberatung findet nicht statt. Redaktionsschluss 08/2024. Die Redaktion erreichen Sie unter: presse@afd.landtag-bw.de

FRAKTION BW | AfD